



## Superallmacht

*Trump, Ruhani, Erdoğan und Merkel*

Jetzt sei laut Vizepräsident Pence der Moment, rasch zu handeln, um die United States Space Force, also Weltraumstreitkräfte, zu bilden. Diese soll sechste US-Teilstreitkraft werden – für Operationen im All. Ab Februar 2019 mag das \$8 Md. Budget für fünf Jahre ab 2020 einsetzen. Russland, China, Nordkorea oder Iran strebten Waffen an, um Navigations- und Kommunikationssatelliten von der Erde her elektronisch zu stören. Jüngst, so Mike Pence weiter am 9. August im Pentagon, arbeiten Gegner daran, Kriegsgerät wie Antisatelliten- und Cyberwaffen ins All zu tragen. Was einst unumstritten, friedlich galt, sei nun angefüllt und feindlich. Das All wäre ein Kriegsraum geworden. Sehr bedenkliche Worte.

Bild AEHF-Satellit Orbit seit 2011



Präsident Trumps Vorstoß ins All, wo etwa 140 Militärsatelliten operieren, wohl mehr als die Hälfte davon aus Amerika, ist in der Prüfung. Er bedarf noch der Debatten und des Budgets durch den Kongress. Sollte diese neue Teilstreitkraft – wie zuletzt 1947 die Luftwaffe – folgen, könnten bis 2020 erste Strukturen etabliert werden. Nicht nur Präsident Putins Superwaffen vom 1. März oder Chinas Test des Überschall-Vehikels letzte Woche lassen Dominanz wünschen, sondern ein Boom bei der privaten Raumfahrt.

### GPS

Im Alltag hängt viel an Orbit basierten Leitsystemen, und nicht nur das Global Positioning System, GPS, sondern Digitales in Cyberia. Mike Pence am 31. Juli zufolge gab es Einbrüche in Cybersicherheit wie Nordkoreas "Wanna-Cry" in 150 Ländern. Allein 2016 erzeugten Angriffe in Amerika über \$109 Md. Schaden. So soll der Kongress eine Agentur für Cyber- und Infrastruktursicherheit anbahnen. Auch gelte es, die Integrität von Wahlen zu sichern, ohne Einflüsse wie 2016. In Mittelost erbaut Israel Satelliten- und Abwehrsysteme, der Iran laut Pence auch Waffen, um Kommunikation und Navigation zu jammen.

Eben weiten sich Zwiste um Teheran, wo Ayatollah Ali Khaminai jeden Handel mit der "betrügerischen US-Regierung" abgesagt hat. Erstmals feuerte Iran wieder eine ballistische Kurzstreckenrakete über der Straße von Hormus aus einem Manöver ab, das US-Satelliten verfolgten. Zuvor, am 7. August, setzten erneut Sanktionen ein. Seit 2015 hält UN-Resolution 2231 dazu an, keine ballistischen Tests mit Raketen zu starten, die Nukes tragen könnten. Riesenmittel im Militär fehlen für Einwohner, die gegen das Regime protestieren. Fragt sich, ob Amerika und Europa ihre Reihen im Wirtschaftsboykott bis 5. November schließen.

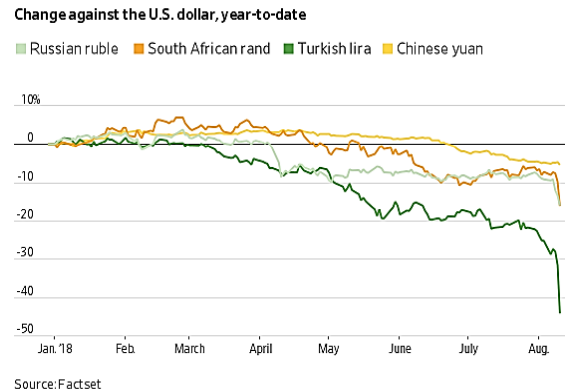


Der euroamerikanische Schulterschluss ist keineswegs sicher. Wirtschaftsminister Altmayer meinte am 11. August, sich aus Washington keine Handelsbeziehungen "diktieren" zu lassen. Daher stehe er zum Wiener Atompakt, auf dass Iran keine Nuklearwaffen produziere. Jedes deutsche Unternehmen dürfe im Iran weiter investieren, so viel es will. Aber viele Firmen seien auf Kredite von Banken angewiesen, die sich meist in Amerika finanzieren, was Probleme schaffe. Seine Worte sind fraglich. Berlins Verbleiben im Pakt ist ein Fehler, der keinen Iran ohne Nukes garantiert. Vollmundige Worte für Firmen geben nur Sinn, wenn Altmayer Garantien für Schäden geben kann; nein. Auch wird es keinen Wirtschaftskrieg mit Amerika geben, wie es Präsidenten Trump und Juncker am 27. Juli vorgaben. Dass jener Minister keine Folgen seines Irankurses für Israels Lage bedenkt, zeigt, wie tief die Kluft Berlin-Jerusalem geraten ist. Ist das Merkels "Staatsräson" für Israel? Die Abschreckung für Hamas sinkt, wieder naht ein Gaza-Krieg.

## Unabhängige Notenbank

Trotz des angespannten Klimas mit der Türkei möchte Peter Altmaier im Oktober nach Ankara reisen. Er vertrete über 7.000 deutsche Firmen und will, dass die Türkei ein "stabiles und demokratisches" Land sei. Kann die Reise so etwas bringen? Beim Schutz deutscher Staatsbürger mache er keine Kompromisse. Bei ihm klingt alles so amtlich überdehnt, als würde er selbst nicht nur gegenüber Amerika, sondern auch der Türkei am längeren Hebel agieren. Dabei zeigte sich Berlin nicht nur gegenüber Ankara als schwach.

Anders Präsident Trump, der gegenüber der Türkei ab 13. August Tarife auf Stahl verdoppelte. Eine Folge ist der Lira-Verfall, siehe hier [FactSet](#) Tabelle, der freilich im März begann und ebenso auf 200 Md. Euro Schulden der Banken beruht. Präsident Erdoğan meinte, fortan selbst die Geldpolitik zu kontrollieren. Damit steht eine freie Zentralbank dahin, die der Ökonomie folgen sollte. Die Inflation beträgt 15 Prozent, Investoren sind verunsichert und Erdoğan weist die Hilfe des Weltwährungsfonds ab. So können finanzielle Krisen Kreise in Europa weiten. Angela Merkel trat am 13. August für die "unabhängige Notenbank" in der Türkei ein.



## Nato Scheidewege

Erdoğan richtet seinen Zorn über diese Währungskrise recht einseitig gegen jene Zölle auf Stahlwaren. Doch übersieht er, dass die Türkei als einer der Hauptexporteure von Stahl bereits seit Januar auf der Beobachtungsliste für höhere Tarife im Interesse der nationalen US-Stahlproduktion stand. Am 10. August warf er in einem Artikel Amerika vor, nicht voll den Putsch der "Fethullah Terroristischen Organisation" am 15. Juli 2016 verurteilt zu haben. Millionen Bürger widersetzten sich auf der Straße diesem blutigen "Gülenistischen Coup" gegen die Regierung in einem Patriotismus, den Amerikaner so ähnlich nach den Pearl Harbor und 9/11 Angriffen erlebten. Keinen Fortschritt habe es gegeben, jenen Gülen auszuliefern.

Die Sündenliste, die Erdoğan dartut, enthält auch Amerikas Waffen für den syrischen Zweig der Kurdenorganisation PKK, die Eskalation von Spannungen zum juristischen Prozess wegen "Hilfe für eine terroristische Organisation" gegen den Amerikaner Andrew Brunson und Sanktionen gegen Kabinettsmitglieder. Daher habe Ankara mit Gleichem gegen US-Offizielle geantwortet. Es werde nicht in diesen [Brunson-]Prozess eingreifen, was der Verfassung und gemeinsamen demokratischen Werten widerspreche. Washington möge die Ansicht abtun, die Beziehung sei asymmetrisch [sie ist] und sehen, dass Ankara Alternativen hege. Werde der unilaterale und respektlose Trend nicht umgekehrt, müsse dies Ankara veranlassen, zu beginnen, sich neue Freunde und Alliierte zu suchen. Sein Wink, die [Nato](#) zu verlassen?

Offenbar staute sich viel Frustration auf, und zwar beiderseits. Dabei geht es auch um Ankaras Kurs, Sanktionen gegen Iran zu unterlaufen, den Kauf des russischen [S-400](#) Raketenabwehrsystems, das als inkompatibel zu Nato-Systemen gilt, und türkische Überwerfungen in Europa, was dessen EU-Aussicht blockierte. Ankara betont, nationalen Interessen nachzugehen, wirft genau dies aber anderen Seiten vor. Es lehnte sich enger an Präsident Putins Westasien-[Troika](#) an und drohte öfters mit einem Nato-Austritt.

Sicher, da sind für Ankara andere Wege. Aber ob es echte Alternativen gibt, steht dahin, zumal demokratischer und wissenschaftlicher Fortschritt dort nicht gedeihen. Aber weder Nato noch EU sichern Demokratie. Vielleicht traf am 25. Juni ein Editorial den Kern. Demnach stelle die jüngste, enttäuschende Geschichte der Türkei wiederum die Frage, ob islamistische Werte und Demokratie koexistieren können, was nicht nur Wahlen meint, sondern in der liberalen Demokratie Grundwerte der Gleichheit und Freiheit der Presse, Rede und Religion. Ob aber Trump und Erdoğan dies reparieren wollen oder überhaupt noch können, wird bald die nächste Zeit aufhellen.

Wolfgang G. Schwantz